

Innere SICHERHEIT ist KERNAUFGABE des Landes

Die Gewährleistung der inneren Sicherheit entzieht sich rein ökonomischer Betrachtung. Sie wird letztlich immer unwirtschaftlich bleiben. Innere Sicherheit ist etwas ganz anderes: Sie ist wesentlich!!!



Foto: GdP/MV

Die Landtagswahl wird in wenigen Wochen stattfinden. Und natürlich ist es das gute Recht der zukünftigen Landesregierung die Landespolizei nach ihren Vorstellungen zu gestalten. Leider ist aber schon jetzt in den Wahlprogrammen der einzelnen Parteien erkennbar, dass es dazu die unterschiedlichsten Vorstellungen gibt. Auch mit Blick auf die Finanzsituation des Landes, nach Corona-Pandemie und Wertfenkrise, bleibt abzuwarten, ob die praktische Ausgestaltung der Innere Sicherheit sich an fachlichen Gründen orientiert oder einzig und allein dem Spardiktat der grundgesetzlichen Schuldenbremse folgen wird.

Als Gewerkschaft der Polizei (GdP) wollen wir, dass unsere Landespolizei wieder eine Bürgerpolizei wird, die sich dem Menschen im Land verpflichtet fühlt und keine Notrufpolizei bleibt, die nur das Notwendigste an Einsätzen realisieren kann.

PERSONAL

Die Pläne der derzeitigen Landesregierung haben seit 2016 das Ziel, die Anzahl der Polizeibeschäftigten um mehrere hundert Mitarbeiter so zu erhöhen, dass der gesamte Personalkörper der Landespolizei 2022/23 insgesamt 6200 Mitarbeiter umfassen wird.

Trotz zusätzlicher und neuer Aufgaben ist ein wirklicher personeller Zuwachs in unserem Bundesland an Polizistinnen und Polizisten nicht erkennbar. So steigt die Anzahl von Polizisten in 2016 von 4.837 auf 4.863 im Jahr 2020. Das bedeutet 26 Mitarbeiter mehr! Hinzu kommt, dass in dieser Zahl auch Kolleginnen und Kollegen enthalten sind, die in Teilzeit beschäftigt bzw. in Elternzeit sind und Beamte, die ihre Pensionierung verschoben und ihre Dienstzeit verlängert haben. Über die Langzeitfolgen dieser permanenten Überlastung in

der Landespolizei möchte ich nicht spekulieren. Allerdings zeichnet sich bereits jetzt ein hoher Krankenstand ab.

Die Möglichkeit den Vollzugsbereich zu entlasten, indem beispielsweise Tarifbeschäftigte einstellt werden, wird nur selten genutzt.

Als Gewerkschaft der Polizei fordern wir daher:

- Mit 6.200 Polizeibeschäftigten ist Polizeiarbeit in Mecklenburg-Vorpommern nicht zu machen.
- Wir fordern die zukünftige Landesregierung auf, die Einstellungszahlen so aufzustocken, dass auf Dauer eine Polizeistärke erreicht wird, die 6.200 Vollzeitkräften entspricht.
- Wir fordern die Möglichkeit, Tarifbeschäftigte einzustellen, um Polizistinnen und Polizisten
- von polizeifremden Aufgaben zu entlasten.

AUFGABENKRITIK

Auch bei kritischer Prüfung lässt sich kaum eine Aufgabe identifizieren, auf deren Erledigung die Polizei sinnvollerweise verzichten könnte. Antiterrordatei, Jugendsachbearbeitung, Kriminalitätsberatung, Bekämpfung der Rockerkriminalität, Überwachung gefährlicher Haftentlassener, Polizei-Puppenbühne, Auslandseinsätze, Polizeiorchester, Verfolgung Menschenhandel und Korruption, Bekämpfung von Betrug im Gesundheitswesen und, und, und. Die Liste von Aufgaben, die über den Wach- und Wechselschichtdienst sowie die Verfolgung angezeigter Straftaten hinausgehen, könnte sicher noch fortgeführt werden. Vom Einsatzgeschehen mit hohem Planungs- und Perso-

nalaufwand, für immer mehr und größere Events, Fußballspiele und Rechts-Links-Lagen ganz zu schweigen.

Als Gewerkschaft der Polizei fordern wir daher:

- Die Politik muss definieren, welche der genannten Aufgaben die Polizei zukünftig nicht mehr wahrnehmen soll. Sollte die zukünftige Landesregierung nicht wollen, dass Aufgaben wegfallen, dann muss sie dafür sorgen, dass die Polizei in der Lage ist, diese Aufgaben auch personell zu bewältigen.

POLIZEIPRÄSENZ

Seit Jahren werden Polizeistandorte schleichend aufgegeben bzw. vom Dienst rund um die Uhr auf zeit- oder tageweise Besetzung von Dienststellen umgestellt. Aktuell wird auch über die Schließung von Dienststellen in der Nacht wieder lauter nachgedacht.

Als Gewerkschaft der Polizei fordern wir daher:

- Zu qualitativ hochwertiger Polizeiarbeit gehört, dass Inspektionen und Reviere in unserem Bundesland Tag und Nacht besetzt sind.
- Analog zu Feuerwehr- und Rettungsdienst muss polizeiliche Hilfe innerhalb zumutbarer und angemessener Zeit zur Verfügung stehen.
- Das heißt: Eine rund um die Uhr besetzte Polizeidienststelle braucht mindestens 35 Beamtinnen und Beamte.

FÜHRUNGS- UND FACHFUNKTIONEN

In der Polizei wird an vielen Stellen eine hochkomplexe, verantwortungsvolle und oft irreversible Arbeit geleistet, die im Anschluss oft unter hohem Beobachtungsdruck steht.

Als Gewerkschaft der Polizei fordern wir daher:

- Soweit beabsichtigt sein sollte, vorhandene Funktionen in Führung und Sachbearbeitung zu streichen oder schlech-



ter zu bewerten, lehnen wir das ab!

- Spezialisierte Bearbeitung muss erhalten bleiben. Der Übernahme von Führungs- und Fachfunktionen muss endlich auch zeitnah die entsprechende finanzielle Vergütung folgen.

ARBEITSBEDINGUNGEN

Die Arbeitsbedingungen in der Polizei führen dazu, dass gegenüber anderen Branchen die Gefahr von arbeitsbeding-

ten Erkrankungen deutlich gesteigert ist. Überalterung, Personalknappheit in prekären Situationen, anlassbestimmte Arbeitszeiten, Wechselschichtdienst, Aufgaben- und Leistungsdruck, unzulängliche EDV-Anwendungen und Steuerungsmodelle/Zielvereinbarungen tragen dazu bei.

Die Chance, in der Polizei ohne arbeitsbedingte Gesundheitsbeeinträchtigungen die Regel-Lebensarbeitszeitgrenze zu erreichen, muss wesentlich erhöht werden.

Als Gewerkschaft der Polizei fordern wir daher:

- Den Bemühungen um Behördliches Gesundheitsmanagement sollten jetzt wirkungsvolle Anstrengungen zur Umsetzung folgen.
- Steuerungsmodelle/Vereinbarungen müssen durch effiziente Verfahren ersetzt und ergänzt werden, die den Menschen (Bürger und Beschäftigte) in den Mittelpunkt stellen.

Euer Christian Schumacher

Startschuss für landesweiten Einsatz der Bodycam



Foto: GdP MV

GdP MV - Symbolbild

„Die Polizei Mecklenburg-Vorpommerns hat bereits im Probebetrieb gute Erfahrungen mit der Bodycam gemacht. Von daher ist die landesweite Einführung dieses Einsatzmittels nur folgerichtig und zu begrüßen, so der Landesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei Christian Schumacher mit Blick auf die offizielle Übergabe der Bodycams an die Landespolizei.“

Der Einsatz der Bodycam hat mehrere Vorteile: Audio- und Videoaufnahmen machen das polizeiliche Handeln und auch das Handeln des polizeilichen Gegenübers nachweis-

bar und nachvollziehbar. Gleichzeitig schützt die Bodycam die eingesetzten Polizeibeamten. Denn bei vielen potentiellen Tätern steigt die Hemmschwelle Gewalt einzusetzen, wenn sie wissen, dass sie dabei gefilmt werden könnten.

„Meine Kolleginnen und Kollegen erleben es des Öfteren, dass ihre Maßnahmen als aggressiv und überzogen bezeichnet werden. Zusammengeschnittene Handyaufnahmen werden dabei gerne als Beweis verwendet. Hier bietet die Bodycam eine gute Möglichkeit, die Situation vor Ort objektiv darzustellen“, so Schumacher abschließend. ■

ENTSCHEIDUNG FÜR DIE EIGENE SICHERHEIT

Polizistinnen und Polizisten brauchen einen starken Partner – die Gewerkschaft der Polizei (GdP)

Wer Mitglied in der Gewerkschaft der Polizei ist, hat eine Entscheidung für seine Sicherheit getroffen. Und ist sich bewusst, dass seine persönlichen Interessen im Beruf von einer starken Gemeinschaft am besten durchzusetzen sind. Nur wenn wir zusammenstehen, können wir etwas bewegen – das ist das tragende Grundgefühl unserer GdP. Wenn Sie noch nicht Mitglied der GdP sind, ist es höchste Zeit, an Ihre berufliche Perspektive und Ihre persönliche Sicherheit im Beruf zu denken und zu handeln: im eigenen Interesse. Für unsere gemeinsamen Interessen. ■



Foto: GdP



Ein Urgestein geht in Pension ... - Lutz Heise feierlich verabschiedet

Schon lange kursierten bei uns Gerüchte über eine unendliche Mittagspause, einen unendlichen Urlaub ... - für Dich lieber Lutz beginnt nun diese sagenhafte Zeit, von der wir noch träumen müssen! Herzlichen Glückwunsch und alles Gute für einen laaangen und gesunden Ruhestand ...

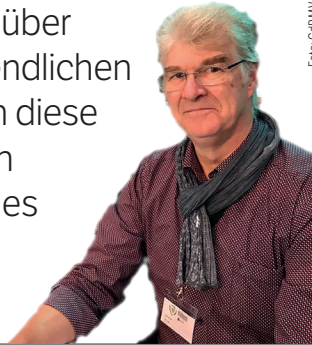


Foto: GpPMV

Ob durchgängig im geschäftsführenden Landesvorstand oder in verschiedenen Personalvertretungen bis hin zum Hauptpersonalrat der Polizei ... Lutz hat überall deutlich seine Fußspuren hinterlassen. Und nebenbei sozusagen auch seit 1978 fast 43 Jahre Polizeidienst aufzuweisen. Als Kind der Bereitschaftspolizei begann sein Dienst nach dem Studium in Dresden in der 2.Volkspolizeibereitschaft Stralsund. Weitere Verwendungen führten ihn in die 3.Ausbildungshundertschaft und die 2.Einsatzhundertschaft nach Waldeck sowie die 3.Einsatzhundertschaft nach Anklam. In den letzten drei Jahren war Lutz freigestelltes Vorstandsmitglied im Hauptpersonalrat der Polizei und wir konnten hier insbesondere von seinen enormen praktischen Erfahrungen, insbesondere in allen technischen Bereichen, profitieren. Für seinen nächsten Lebensabschnitt wünschen wir Lutz alles erdenklich Gute, beste Gesundheit, viele schöne Erlebnisse mit seiner Familie und das er dem Steuerzahler noch eine lange Zeit „zur Last fällt“. Wir freuen uns auf dich, lieber Lutz, im Rahmen der nächsten gemeinsamen Veranstaltungen der Rentner und Pensionäre.



Foto: GpPMV

Eigentlich sollte der Begriff „Urgestein“ nicht inflationär verwendet werden, aber ich finde, hier trifft das genau den Kern der Sache. Und das gleich in mehrfacher Hinsicht, denn mit Ablauf des 30.Juni 2021 hat die Landespolizei MV mit unserem lieben Kollegen Lutz Heise

ein gewerkschaftliches und personalratsmäßiges Urgestein verlassen. Es gibt wohl keinen Mitarbeiter in der Landespolizei MV mehr, der wie Lutz von Anfang der 90-er Jahre an in gewerkschaftlichen und Personalvertretungen präsent, aktiv und engagiert war.

Der geschäftsführende Landesvorstand der Gewerkschaft der Polizei

Der Landesvorstand der Gewerkschaft der Polizei Der Hauptpersonalrat der Polizei



Foto: LBPA/MV (3)



Herzlich willkommen - Neue Mitarbeiterin in der GdP- Landesgeschäftsstelle

Wir freuen uns, mit Jaqueline Michelsohn nun eine weitere Mitarbeiterin in der GdP-Landesgeschäftsstelle zu haben. Jaqueline hat sich nach unserer öffentlichen Stellenausschreibung und dem daran anschließenden Auswahlverfahren durchgesetzt. Seit dem 01. Juli 2021 ist sie nun in unserer Landesgeschäftsstelle angestellt. Bekanntlich wird unser Axel demnächst in seine wohlverdiente Rente gehen und da bei uns neue MitarbeiterInnen nicht gleich ins kalte Wasser geworfen werden, werden die Beiden bis dahin die Zeit zur Einarbeitung und Übergabe nutzen.

ich, als ich zum Vorstellungsgespräch eingeladen wurde.

In meinem neuen Aufgabengebiet sehe ich eine Möglichkeit, um mich beruflich weiterentwickeln zu können und gleichzeitig meine Fähigkeiten und mein vorhandenes Wissen sowie mein berufliches Netzwerk einzubringen. Nach 16 Jahren Tätigkeit als Referentin der Abteilung Organisation in der Bundesgeschäftsstelle weiß ich wie der „Hase“ auf Bundesebene läuft.

Gewerkschaftsarbeit ist nicht gleich Gewerkschaftsarbeit. Gewerkschaftsarbeit in der Landesgeschäftsstelle ist natürlich gewerkschaftspolitische Lobbyarbeit, aber auch basisnahe zum Mitglied und vor allem die Gewinnung neuer Mitglieder. Die Arbeit ist anders strukturiert und hält für mich andere, neue Aufgaben bereit. Ich freue mich auf diese neue Erfahrung.

Wo siehst Du Dich in den nächsten 5 Jahren?

In fünf Jahren kann viel passieren. Allerdings hoffe ich, dass ich dann noch hier

bin. Zunächst möchte ich mich in die neuen Aufgabengebiete einarbeiten. Danach Schritt für Schritt meine Erfahrungen und evtl. auch neue Ideen einbringen, mich auch persönlich weiterentwickeln sowie einen echten Beitrag und Mehrwert leisten. Ich kann mir gut vorstellen – wenn alles gut läuft –, die GdP MV in den nächsten fünf Jahren auch stärker nach außen zu repräsentieren: redaktionell, im Bereich Social Media. Das würde mir jedenfalls Spaß machen.

Was macht Deine Persönlichkeit aus?

Meine Persönlichkeit lässt sich mit folgenden Merkmalen beschreiben:

- unvoreingenommen und offen;
- herzlich und optimistisch;
- verbindlich und vertrauenswürdig;
- fleißig, zupackend und gewissenhaft.

Vielen Dank



Foto: GdP/MV (Z)

3 Fragen an Jaqueline Michelsohn

Warum die Entscheidung für diese Stellenausschreibung?

Nun ja, dass der Landesbezirk MV eine Stellenausschreibung laufen hatte, das habe ich zufällig erfahren und mich kurzerhand beworben. Umso erfreuter war



KONGRESS



DIE POLIZEI IM **GEWALT** KREUZFEUER DER **GEGEN** GESINNUNGEN **POLIZEIBEAMTE**



5. AUGUST 2021

10-12:30 UHR

KULTURKIRCHE ST. JAKOBI

JACOBITURMSTRASSE 28

18439 STRALSUND

**TEILNAHME
VOR ORT
ODER IM
LIVESTREAM**



ANLÄSSLICH DES POLIZEIKONGRESSES
FÜHREN WIR EINE UMFRAGE DURCH.
BETEILIGEN SIE SICH GERN DARAN.
SCANNEN SIE DAZU DEN QR-CODE.

WEITERE INFORMATIONEN UND ANMELDUNG:

www.kas.de/mv

**GEMEINSAM.
DEMOKRATIE.
GESTALTEN.**



QR Code scannen und mehr zur Leistung und Umfang der Bodycam erfahren

BODYCAMS FÖRDERN TRANSPARENZ UND TRAGEN ZUR DEESKALATION SCHWIERIGER SITUATIONEN BEI

Mecklenburg-Vorpommern stattet Einsatzkräfte der Polizei mit Bodycams von Motorola Solutions aus

Motorola Solutions hat einen Vertrag mit dem Ministerium für Inneres und Europa in Mecklenburg-Vorpommern über die Lieferung von VB400 Bodycams geschlossen. Die neuen Video-Lösungen werden bei der Polizei zum Einsatz kommen, um die Sicherheit der Einsatzkräfte sowie die Transparenz zu verbessern.

„Die Bodycams haben sich während eines Pilotprojektes in der Landespolizei her-

vorragend bewährt. Deswegen haben wir uns entschieden, dieses neue Führungs- und Einsatzmittel im Streifendienst einzusetzen. Aufgrund der Videoaufzeichnung besteht eine deutlich höhere Hemmschwelle, Polizeibeamte anzugreifen. Des Weiteren kann das Einsatzgeschehen durch Bild und Ton genau dokumentiert werden“, so Innenminister Torsten Renz bei der Übergabe

Anzeige

POLIZEI
DEIN PARTNER
Gewerkschaft der Polizei

Wir brauchen dich!

Der VDP – der Verlag deiner Gewerkschaft – sucht Kollegen, die neben Beruf oder Ruhestand Zeit und Lust für eine gut bezahlte Tätigkeit als freiberuflicher Anzeigenverkäufer in Mecklenburg-Vorpommern haben.

Hilf uns, unsere Präventions- und Festschriften für die GdP in Mecklenburg-Vorpommern zu bewerben und herauszubringen. Nähere Informationen erhältst du unter www.vdp-polizei.de. Oder ruf uns an unter Telefon 0211 7104-183 (Antje Kleuker).

Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit mit dir!



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon 0211 7104-183, Frau Antje Kleuker
antje.kleuker@vdp-polizei.de
www.vdp-polizei.de



Die VB400 ist die nächste Generation der Bodycam-Technologie. Robuste Ausführung. Hohe Leistung. Multiple Anschlussmöglichkeiten. Mit diesen Funktionen behalten Sie in jeder Situation die Kontrolle.

der ersten Kamera im Polizeihauptrevier in Schwerin.

Generell ging im Corona-Jahr 2020 zwar die Gesamtzahl der Gewaltdelikte gegen Polizeivollzugsbeamte in Mecklenburg-Vorpommern leicht zurück. Dennoch lag ihr Anteil gemessen an der Gesamtzahl aller Gewaltopfer noch bei 4,6 Prozent.

„Der Rückgang ist grundsätzlich erfreulich, aber nur die eine Seite der Medaille. Die andere zeigt ein drastisches Bild: Angesichts der Corona-Pandemie und dem damit verbundenen Wegfall nahezu aller Risiko-Fußballspiele, Großveranstaltungen und Menschenansammlungen erschreckt das immer noch hohe Gewaltniveau. In Mecklenburg-Vorpommern werden im Schnitt



vier Polizisten pro Tag Opfer einer Straftat“, macht Innenminister Renz deutlich.

Die robusten Motorola Solutions VB400 Bodycams wurden entwickelt, um die Sicherheit der Einsatzkräfte zu verbessern und die Transparenz zwischen Polizei und Bürgern zu erhöhen. Mit ihrer intuitiven Bedienung sowie der langen Akkulaufzeit von bis zu zwölf Stunden bieten die Bodycams von Motorola Solutions optimale Leistungseigenschaften. Sie verfügen außerdem über eine Pre-Recording-Funktion, sodass sich Ereignisse schon 60 Sekunden vor dem manuellen Aufnahmestart dokumentieren lassen. Polizisten können damit unerwartete Situationen aufzeichnen, ohne den Beginn eines Vorfalls zu verpassen.

Die neuen Video-Lösungen kommen in Kombination mit der VideoManager-Lösung zur Verwaltung digitaler Beweismittel zum Einsatz, mittels derer die aufgezeichneten Videos automatisch gespeichert und gemeinsam mit Zeit, Datum und Ort sowie den von den Beamten hinzugefügten Einsatzdaten archiviert werden können.

„Der Bodycam-Auftrag des Ministeriums für Inneres und Europa in Mecklenburg-Vorpommern folgt einer Reihe von Bodycam-Projekten, die Motorola Solutions bereits in Europa realisiert hat: Dazu gehört die Ausstattung einzelner Sicherheitsbehörden in Frankreich, Großbritannien, Rumänien und der Polizeieinsatzkräfte in Malta“, sagt Axel Kukuk, Country Manager der Motorola Solutions Germany

GmbH. „Wir sehen weltweit eine steigende Nachfrage nach Bodycams, die erfolgreich dabei helfen, aggressives Verhalten zu deeskalieren, Beweismittel zu sichern und damit zu mehr Transparenz von Einsätzen führen.“

Motorola Solutions ist seit vielen Jahren verlässlicher Partner der deutschen Sicherheitsbehörden, die auf die sicherheitskritischen Kommunikationslösungen des Unternehmens vertrauen. Die neuen, integrierten Video-Lösungen stellen einen wichtigen Bestandteil des sicherheitskritischen Gesamtportfolios dar, das Sicherheitsorganisationen dabei unterstützt, ihre Kommunikationsabläufe zu modernisieren und zu vereinheitlichen.

Quelle: Susanne Stier Motorola Solutions

Informationen aus dem Hauptpersonalrat der Polizei

Im Mai 2014 wurde die Dienstvereinbarung zwischen dem Ministerium für Inneres und Europa MV und dem HPR der Polizei zur Regelung der Teilnahme von Beschäftigten an Qualifizierungsmaßnahmen unterzeichnet.

Eine Auswertung über die Anwendung bzw. Bewährung gab es bis zum heutigen Zeitpunkt nicht. Die Evaluation der Dienstvereinbarung Qualifizierung für Tarifbeschäftigte hat begonnen.

Dabei werden sowohl die Dienststellen als auch die Beschäftigten der Landespolizei die Möglichkeit haben, sich zu beteiligen und ihre Sicht darzustellen.

Die Vorsitzende des Landesfachbereichsausschusses Tarif Ute Wienecke: „Nur Klatschen ist in der Krise zu wenig. Jetzt ist die Chance für den Dienstherrn gegeben, tatsächliche Wertschätzung seinen Tarifbeschäftigten zu zeigen und die Qualifizierungssituation für seine Tarifbeschäftigten zu verbessern.“



DP – Deutsche Polizei
Mecklenburg-Vorpommern

Geschäftsstelle
Platz der Jugend 6, 19053 Schwerin
Telefon (0385) 208418-10
Telefax (0385) 208418-11
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Redaktion
Marco Bialecki (V.i.S.d.P.)
Telefon (0385) 208418-10

Post bitte an die
Landesgeschäftsstelle (s. links)



QR Code zum DGB-Besoldungsreport 2021 (pdf)

DGB-Besoldungsreport 2021: Politik im Reparaturmodus

Das Saarland verfestigt seine Schlüsselposition, Berlin holt weiter auf und Bayern führt wie gehabt mit großem Abstand – so kann der DGB Besoldungsreport 2021 knapp zusammengefasst werden. Während die Besoldungslücke in kleinen Schritten schrumpft, bringt die jüngere Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zur amtsangemessenen Alimentation zweifellos erhebliche Bewegung in die Besoldungspolitik von Bund und Ländern.

„Armutzeugnis für die Besoldungspolitik“

Die Kluft wird kleiner und ist dennoch weiterhin unübersehbar. So fällt die jährliche Besoldung eines rheinland-pfälzischen Studienrats (Eingangsstufe A 13) 2021 gut 9.500 Euro geringer aus als die seiner Kollegin in Bayern. 2020 lag die Differenz noch bei über 10.100 Euro. Ein Brandmeister bei der Feuerwehr (Eingangsstufe A 7) bekommt im Saarland jährlich 4.000 Euro weniger Besoldung als sein Kollege in Bayern. Und eine saarländische Steuerinspektorin (Eingangsstufe A 9) muss sich mit fast 3.500 Euro jährlich weniger zufrieden geben, als ihre Kollegin in Bayern.

Elke Hannack, stellvertretende DGB-Vorsitzende, hat kein Verständnis für eine solche Besoldungspolitik: „Es ist überhaupt nicht nachvollziehbar, warum gleiche Tätigkeiten von Land zu Land dermaßen ungleich bezahlt werden. Zum Teil gibt es für ein und dieselbe Tätigkeit Differenzen bis zu 10.000 Euro brutto im Jahr. Teils liegt die Besoldung sogar viel zu knapp über dem Niveau der Grundsicherung. Der DGB kritisiert das seit Jahren. Es ist ein Armutzeugnis für die Besoldungspolitik, dass immer wieder das Bundesverfassungsgericht eingreifen muss, um diesen seit der Föderalismusreform I in 2006 bestehenden Trend zu stoppen. Das Bundesverfassungsgericht ist inzwischen eine Art Ersatzbesoldungsgesetzgeber. Wenn die

se Unzulänglichkeiten nicht beseitigt werden, sind weitere Verfahren beim Verfassungsgericht absehbar. Die notwendigen Reparaturmaßnahmen kosten Geld und dies zu einem Zeitpunkt, zu dem die öffentlichen Kassen ohnehin durch Corona stark belastet sind. Dennoch darf es jetzt kein Rollback und erneut ungerechtfertigte Sparrunden auf Kosten der Beamtinnen und Beamten geben.“

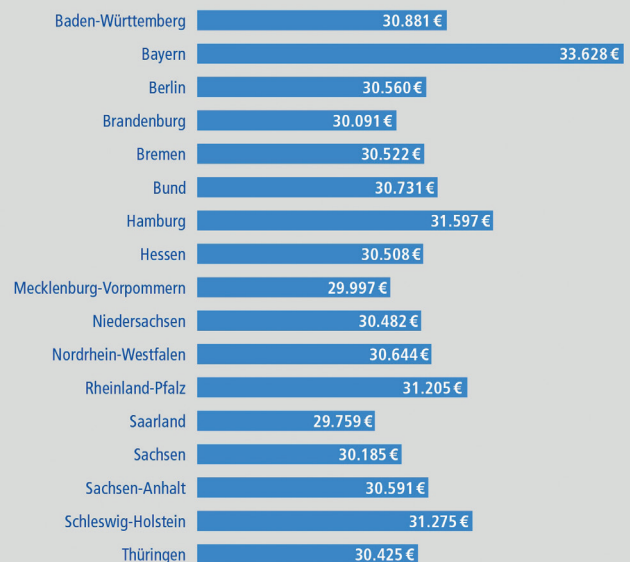
Besoldungsunterschiede führen zu einem unterschiedlichen Leistungsniveau

Mit Prof. Dr. Andreas Voßkuhle kommt im diesjährigen Report der ehemalige Präsident des Bundesverfassungsgerichts zu Wort, der als Vorsitzender des Zweiten Senats an wegweisenden Entscheidungen zur amtsangemessenen Besoldung von Beamtinnen und Beamten beteiligt war. Auch ihn treiben die großen Besoldungsunterschiede zwischen den Ländern um. „Sie werden mittelfristig zu einem unterschiedlichen Leistungsniveau innerhalb der Verwaltung und der Justiz führen. Die guten Leute gehen dahin, wo am meisten bezahlt wird“, so Voßkuhle im Interview. Und auch auf den Aspekt des Klageweges geht er ein: „Dass Beamten, die nicht streiken dürfen, klagen müssen, ist im System angelegt, die Verfahrensdauer vor Gericht ist aber zu lang.“

Gezielte Eingriffe in die Besoldungstabelle

Einige Länder haben ihre Besoldung bereits auf den Prüfstand gestellt. So hob Schleswig-Holstein zum 1. Januar 2021 zusätzlich zur regulären Anpassung in der Besoldungsordnung A sowie in den Besoldungsgruppen R 1 und R 2 die Grundgehaltssätze in der jeweils ersten Stufe um 3,0 Prozent, die Grundgehaltssätze der jeweils zweiten Stufe um 2,0 Prozent und die Grundgehaltssätze der jeweils dritten Stufe um 1,0 Prozent an. Berlin strich gar die Besoldungsgruppe A 4 komplett und setzt mit einer Besoldungserhöhung um 2,5 Prozent zum 1. Januar 2021 – statt wie die Mehrzahl der anderen Länder um 1,4 Prozent – seine Aufholjagd fort. Und Thüringen plant in den Besoldungsgruppen A 6 und A 7 jeweils die Streichung der Erfahrungsstufe 1. Zudem haben einige Länder den Familienzuschlag ab dem dritten Kind deutlich angehoben, manche auch für das erste und zweite Kind. Diese unterschiedlichen Vorgehensweisen führen zu einer bislang unbekanntem Maßnahmenvielfalt in der bundesweiten Besoldungspolitik. ■

A 7-JAHRESBRUTTOBESOLDUNG 2021 (EINGANGSSTUFE), IN EURO*



* Summe aus jährlichem Grundgehalt Eingangsstufe, allgemeiner Stellenzulage/Strukturzulage, Sonderzahlung; eigene Berechnungen DGB BVV, Abt. OEB. Stand: Juni 2021. Quelle: DGB | CC BY-ND 4.0